

CDU-Ratsherr fordert klare Regeln für offene Sonntage

VON ULRICH SCHÜTZ

LEVERKUSEN Die heftige Dynamik der politischen Diskussion um verkaufsoffene Sonntage hat viele in der Stadtverwaltung und im Stadtrat überrascht: Was bisher eher uninteressiert als jährlicher Routinevorgang durch die Ratsgremien geschoben wurde, wird jetzt neu aufgerollt: Die Stadtverwaltung soll einen detaillierten Kriterienkatalog aufstellen, wann sonntags die Geschäfte in Opladen, Wiesdorf oder Schlebusch geöffnet haben dürfen, fordert zumindest CDU-Ratsherr Bernhard Marewski.

Dies fehlt bisher, weil sich das zuständige Leverkusener Ordnungsamt inhaltlich mit den verlaufsoffenen Sonntagen zu wenig beschäftigt habe, klagt der Christdemokrat. Er verweist dabei auf die Stadt Köln, die einen deutlich besseren Umgang mit dem Thema pflege.

Tatsächlich gibt es in der Domstadt seit über zehn Jahren einen „Konsenskreis“ aus Vertretern der Geschäftswelt, der Werbegemeinschaften, der Gewerkschaften, des Katholikenausschusses und des evangelischen Stadtkirchenverbandes. Ziel der Runde: die Abstimmung der Interessen der Geschäftsleute mit den Schutzrechten der Beschäftigten und anderen gesellschaftlichen Interessen. 2006 beschloss der Kölner Stadtrat, in den klar abgesteckten Vierteln und Stadtbezirken nur noch neun verkaufsoffene Sonntage zu genehmigen, in Leverkusen sind es 2014 noch zwölf offene Sonntage (davon in zwei Bezirken an einem Sonntag).

Auslöser der Diskussion in Leverkusen war der Termin für die Veranstaltung „Blühendes Schlebusch“ am Wochenende des „Weißen Sonntag“. Die zweitägige Blumenschau hätte die Kommunionfeiern in St. Andreas gestört. Die verantwortlichen Vertreter im Ordnungsamt kannten die Terminkollision, schlugen allerdings keine Alternative vor. So kam es zu massiven Beschwerden der Pfarre, wie etwa von Gemeindeferentin Hiltrud Görres. Speziell der Einsatz des Ratsherrn Marewski führte dazu, dass die Werbegemeinschaft Schlebusch

die Verlegung der Veranstaltung ermöglichte. Damit diese Erfahrung eine einmalige bleibt, beantragt Bernhard Marewski die Übernahme der „Kölner Lösung“. Die Domstädter legten beispielsweise fest, dass es am Weißen Sonntag keinen verkaufsoffenen Sonntag geben darf.

Auch nicht an Tagen Fronleichnam, Allerheiligen, Volkstrauertag oder Totensonntag. „Anträge (auf verkaufsoffene Sonntage) können



Will klare Verhältnisse: Bernhard Marewski (CDU).

RP-FOTO: UM (ARCHIV)

nur von Interessengemeinschaften und Bürgervereinen der Stadtteile eingereicht werden. Damit soll verhindert werden, dass einzelne Betriebe aus rein kommerziellen Gründen Sonntagsöffnungen beantragen“, heißt es in der Verordnung der Stadtverwaltung Köln.

Leverkusens Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn findet, dass der Vergleich mit Köln hinkt. Dort gebe es an elf Tagen 63 Veranstaltungen. Immerhin, so habe man ihm berichtet, erzielten Geschäfte an einem verkaufsoffenen Sonntag bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes. FDP-Fraktionsvorsitzende Monika Ballin-Meyer-Ahrens ergänzte im Stadtrat: „Wenn wir nicht in Leverkusen öffnen, öffnet Köln.“

Dann gehe das Geld der Kunden in die Domstadt. Dagegen hielt Leverkusens KAB-Vorsitzende Martina Riemer. Sie warb für den Sonntagsschutz: „Berücksichtigen Sie die Menschen“, sagte Riemer im Rat. Der Stadtrat vertagte das Thema bis in den Herbst.